

Von Lo Curro zu den Gewerkschaftswahlen

Von Manuel Cabieso Donoso
(aus "Punto Final") Santiago de Chile, Juni 1972

Zwei politische Geschehnisse großer politischer Bedeutung sind noch in der Entwicklung begriffen, während wir diese Ausgabe abschließen. Es handelt sich um die Wahlen in der Gewerkschaftszentrale (CUT - Central Unica de Trabajadores) und der Sitzung der Spitzen der Volkseinheit, - das "Konklave", wie es von der Presse getauft worden ist. Beide Geschehnisse, deren Resultate noch nicht so vollständig vorliegen, um sie einer gründlichen Analyse zu unterziehen, haben jedoch enge Zusammenhänge. Sowohl das Wahlresultat in den Gewerkschaften - welches zum ersten Mal von der Basis aus bestimmt wurde - als auch die Entscheidungen, die von der Volkseinheit gefaßt werden, sind von großem Gewicht für den Verlauf des Prozesses, der sich jetzt in Chile abspielt.

Die Volkseinheit hatte sich im Laufe des Monats Februar in El Arrayan versammelt und ihre verschiedenen Beschlüsse in einem ausgedehnten Dokument veröffentlicht. Zum jetzigen Zeitpunkt besteht bereits allgemeine Übereinstimmung darüber, daß diese Beschlüsse auf dem Papier verblieben sind. Einige Mitgliederparteien der Volkseinheit haben das auch öffentlich festgestellt. Außerdem haben sie bei dieser Gelegenheit einen fortschreitenden Verfall der Linken und einen objektiven Terraingewinn der sozialen und politischen Kräfte, die sich dem Sozialismus entgegenstellen, registriert. Angesichts dieser realen Tatsachen wurde Ende Mai ein neues "Konklave" einberufen, diesmal in Lo Curro. Wenn man davon absieht, daß diesmal eine der Parteien fehlt, welche in El Arrayan noch anwesend war, (die Linksradikale Partei - PIR - hat sich inzwischen der konservativen Opposition angeschlossen), scheinen die zu nehmenden Beschlüsse sich auf der selben Ebene zu bewegen, wie die vorhergehenden. Es wird versucht werden Methoden anzuwenden, die es erlauben, verlorene Kräfte zurückzugewinnen, hauptsächlich unter den sog. "Mittelschichten" und den wirtschaftlichen Druck, den der Imperialismus ausübt, zu neutralisieren.

Eines der kritischen Probleme, die die Volkseinheit heute vor sich hat, stellt der sozialisierte Bereich der Wirtschaft dar. Es handelt sich um grundlegende Fragen des Programmes, welches den Beginn des Aufbaus des Sozialismus in Chile vorsieht. Die Christ-Demokraten, die die Regierung im November 1970 verlassen, aber die Kontrolle des parlamentarischen Sauerstoffes in ihren Händen behalten haben, setzen diesen Absichten einen entschlossenen Widerstand entgegen. Gemäß der spezifischen Funktion, die sie innehaben und die darin besteht den Kapitalismus aus reformistischen Positionen zu verteidigen (und die sie dadurch von der Nationalpartei und anderen kleineren Rechtsgruppen unterscheiden), haben die Christ-Demokraten im Parlament eine Reform des Grundgesetzes durchgebracht, die dem Programm der Volkseinheit eine Zwangsjacke anlegt.

Diese Reform unterstellt das Wachstum des sozialisierten Bereichs der Wirtschaft der Kontrolle des Parlaments und schafft die Notwendigkeit einer besonderen Gesetzgebung für jede neue Enteignung. Von der von den Christ-Demokraten geführten Opposition in die Enge getrieben, hat die Regierung be-

reits die Anzahl der Großbetriebe, die für Enteignungen vorgesehen waren, von 253 auf 93 reduziert. Die Grundgesetzreform vermindert noch weiter die Möglichkeiten von Enteignungen, und diese von den Christ-Demokraten geschaffene Lage zwingt die Volkseinheit entweder mit der Opposition zu verhandeln um einen Ausweg zu finden, oder - wie es die Sozialistische Partei vorschlägt - an einen Volksentscheid zu appellieren. Präsident Allende hat schon seit einiger Zeit seiner Meinung Ausdruck gegeben, daß das Plebiszit - welches die Opposition zu fordern begonnen hat, seit sie merkte, daß ihre Kräfte wuchsen - verwirklicht werden sollte. Nach der Auffassung des Präsidenten sollte sich das Volk jedoch über einen Fragenkomplex entscheiden, der auch das Problem der Auflösung des Parlamentes enthielt. Dieser Aspekt des Volksentscheids hat der Rechten jedoch nicht behagt. Da sie aber diese Möglichkeit veraussah, versuchte sie nun mit allen Mitteln, einschließlich einer massiven Publizitätskampagne, das Image des Kongresses zu stärken und seinem Prestigeverlust entgegenzuwirken.

Andererseits dürfte ein Volksentscheid über das Wachstum des sozialisierten Bereichs der Volkswirtschaft sehr zweifelhafte Resultate für die Volkseinheit haben. Zum Teil weil das Thema an sich scheinbar keinen großen Enthusiasmus unter den Massen hervorgerufen hat, zum Teil aber auch, weil sachliche Zweifel über die wirkliche Stärke der Linken in diesen Augenblick herrschen. Wir erinnern uns daran, daß die Volkseinheit zwischen September 1970 (den Präsidentschaftswahlen) und April 1971 (Gemeindewahlen) ihre Stimmen von 36 auf 50 % erhöhen konnte. Nach diesem steilen Aufstieg, der sehr lebhaft zeigte, welche Erfolge ein entschiedenes und sozialismusorientiertes Handeln bringen kann (z.B. auch die Gewinnung der "Mittelschichten"), ist die Stärke der Volkseinheit langsam zerfallen. Eine Reihe von Ereignissen, die sich aber alle auf Schwächen und Zugeständnisse der Volkseinheit reduzieren lassen, haben das stete und nicht übersehbare Wachstum der Konservativen Opposition gestattet. Diese hat sich nicht zuletzt ausbreiten können, weil die ausbeutenden Klassen ihre Angst verloren haben und auf der ganzen Linie zur Offensive übergegangen sind.

Die Möglichkeiten einer Volksbefragung wurden so auch auf dem "Konklave" in Lo Curro debattiert. Verlautbart wurde, daß dieser "Gegenstand und seine Opportunität vom Präsidenten der Republik entschieden werden" Gleichzeitig wurde verlautbart, daß man übereingekommen war, Maßnahmen zu ergreifen wie: einen Gesetzentwurf zu beschleunigen, der die Aufteilung von Grundstücken und Betrieben bestätigt, Bürokratismus und Korruption in der öffentlichen Verwaltung zu bekämpfen, ein Garantiestatut für kleine Unternehmer im Bereich des Handels, der Industrie und der Landwirtschaft auszuarbeiten, ein Maximumeinkommen zu fixieren, die Mitbestimmung der Arbeiter zu ermutigen, und dem Kongreß ein Projekt außerordentlicher Machtbefugnisse auf Verwaltungs- und Wirtschaftsgebiet vorzulegen.

Es lohnt sich darauf hinzuweisen, daß vorhergehende Regierungen vom Parlament diese Machtbefugnisse erhalten hatten, und daß auch in diesem Falle die Opposition ihre Künste politischer Dialektik bis zum Äußersten treiben müßte um der Regierung diese Maßnahmen abzuschlagen.

In Lo Curro behandelte man auch das Verhältnis zwischen der Volkseinheit und anderen politischen Kräften. Das könnte eine Bezugnahme auf die Christ-Demokraten darstellen. Ein Kommuniqué vom 1. Juli teilt mit, daß "Übereinstimmung erzielt worden ist, daß die Volkseinheit es nicht ablehnt, sich mit anderen Kräften zu verständigen, um ihr Programm zu verwirklichen und weiterzuentwickeln, es aber auf jeden Fall klar läßt, daß jeglicher Akkord in diesem Sinne nur von der Volkseinheit und nicht von Teilkräften abgeschlossen wird". In diesem Sinne scheint es, daß es sich darum handelt, die Kontakte, die die Kommunistische Partei mit den Christ-Demokraten hergestellt hat, auf die ganze Volkseinheit zu vermitteln, es war der Präsident dieser Partei, Renán Fuentalba, der erklärt hat, daß die kommunistische Orientierung die einzig "vernünftige" innerhalb der Linken sei. Auf diese Weise kann sich hier eine größere Formalisierung der Annäherung an die Christ-Demokraten und konkreten Abmachungen abzeichnen. (Die Verhandlungen mit den Christ-Demokraten sind inzwischen gescheitert. - Der Übersetzer).

Das entscheidende an der Sache ist aber, daß die Christ-Demokraten hier das Heft in der Hand haben. Eineinhalb Jahre Volkseinheit an der Regierung haben ihren Feinden ihre Schwächen offenbart. So hat z.B. der nordamerikanische Imperialismus, der vor sechs Monaten überzeugt war, keinerlei Entschädigung für die verstaatlichten Kupferminen zu erhalten, wieder neue Hoffnungen gefaßt. Dazu trugen ohne Zweifel Tatsachen bei, die klarließen, daß es über diesen Gegenstand keine einheitliche Meinung in der Regierung gab. So hat der Ex-Minister für Bodenschätze Mauricio Jungk, von der Linksradikele Partei, beim nordamerikanischen Botschafter vorgesprochen, um eine "harmonische Lösung" zu ermöglichen. Das Staatsdepartment mußte in solch einem Augenblick zur Schlußfolgerung kommen, daß einige Sektoren der Regierung es vorzögen, zu einer Verständigung über die Entschädigungsfrage zu kommen. Wie bekannt, verloren die beiden Kupfergesellschaften Anaconda und Kennecott alles Recht auf Entschädigungen, nachdem der Präsident Allende von seinen konstitutionellen Machtbefugnissen Gebrauch machte und 774 Mill. Dollar "außerordentliche Gewinne" vom Werte der Unternehmen abzog. Das Hinauszögern des Kupfertribunals, den von den Anwälten der amerikanischen Firmen eingebrachten Rekurs abzulehnen - was bis jetzt noch nicht geschehen ist - gestattet es den Imperialisten, neue Hoffnungen zu hegen.

Ähnlich geht es mit der inneren Reaktion. Diese hat ebenfalls ihre anfängliche Haltung, die aus Resignation und Furcht bestand, gewechselt und offenbart jetzt eine immer stärkere Agression. Im Rahmen der faschistoiden Mittel, die sie jetzt anwendet, stärkt die Rechte sich jetzt mit Hilfe staatlicher Institutionen, deren Kontrolle sie in ihren Händen hat. Die Streitkräfte, die Gerichte und das Parlament sind die Eckpfeiler einer Politik der Einkreisung der Linken, die noch vervollständigt wird durch reichhaltige Propagandamittel und einem ständigen Wachstum ihres Einflusses in Volksmassen.

In den Gewerkschaftswahlen z.B. war es bis Redaktionsschluß schon klar, daß die Christ-Demokraten, mit Unterstützung der Rechten, einen hohen Prozentsatz an Stimmen erhielten. (Das Wahlergebnis gab den Christ-Demo-

kraten an die 30 % der abgegebenen Stimmen. - Der Übersetzer). Ohne hier eine tiefere Analyse des Wahlergebnisses vorwegnehmen zu wollen, bestätigt es noch einmal den Standpunkt, den wir immer verteidigt haben. Die sog. "Mittelschichten", die das Gros der Stimmen für die Christ-Demokraten und ihre Partner liefern, neigen dazu die Kräfte zu unterstützen, die an der Macht sind. In der letzten Zeit aber war es die konservative politische Linie, die sich mit größerer Entschiedenheit den Massen anbot. In der Periode von September 1970 bis April 1971, als die Volkseinheit noch die Initiative hatte, hauptsächlich auf dem Gebiet der Verstaatlichung und Industrien, Banken, Grundstücke, Kupferminen nationalisierte, haben diese Sektoren der "Mittelschichten" sie ganz klar unterstützt. Wer am meisten dabei gewann, war die Sozialistische Partei. Die Radikale Partei, ein gewissenhafter Barometer der Stimmung der "Mittelschichten", hat nicht gezögert, sich als marxistisch zu erklären - sie wurde angesteckt von der politischen Umgebung, in der sie ihre Aktivitäten entfalten mußte. Die Christ-Demokraten ihrerseits erlitten eine neue Spaltung und es bildeten sich die Christlichen Linken heraus. Zusammengefaßt: Neue Teile der "Mittelschichten" schlossen sich ständig der Strömung an, die sich in einem schier unaufhaltsamen Aufstieg befand. Genau so stetig aber machten sich innerhalb der Volkseinheit gemäßigte Kräfte bemerkbar, die bei ihrem Marsch als Bremse wirkten. Es waren die unvermeidlichen "Feuerwehrendeute" des Reformismus, die sich daran machten, das einzudämmen, was wie für einen gefährlichen revolutionären Brand ansahen. Es kam zu Rückziehern der Volkseinheit, die sofort von seinen Feinden ausgenutzt wurden. Die Linksradikale Partei konnte sich in die Regierung infiltrieren (jetzt führt sie die konservative Opposition in den Provinzwahlen in Coquimbo). Es kam zu den Wahniederlagen von Valparaiso, O'Higgins, Calchagua und Linares. Die Reihe der Begebenheiten und die wechselnden politischen Haltungen, die sich dabei offenbarten, sind zu bekannt, um hier noch aufgezählt zu werden. Aber das Resultat von all dem ist, daß sich die von den Christ-Demokraten geführte Opposition bei den Gewerkschaftswahlen als eine bedeutende Kraft innerhalb der Arbeiterklasse erwiesen hat. Dieses Symptom des Eindringens einer reaktionären Strategie in den Massen konnte nicht schwerwiegender sein. Eine klare Vorherrschaft des Reformismus - aber eines vigorösen Rechtsreformismus - ist das Resultat einer Politik, die eine wertvolle Zeitspanne mit Zögern und Befriedigungsmanövern vertan hat und die unverständliche Schwächen offenbart. Innerhalb der revolutionären Sektoren, die vor dieser Gefahr immer gewarnt hatten, kann das Gefühl der Enttäuschung leicht in einen ohnmächtigen Haß umschlagen.

Wenn aber die Volkseinheit sich von diesen Gefühlen anstecken läßt, besteht nur die Gefahr, daß sie sich noch mehr von ihren eigenen Zielsetzungen entfernt und sich im Netz einer reaktionären Opposition verfängt, die es gelernt hat, auf die Ereignisse schneller und wirkungsvoller zu reagieren als unsere traditionelle Linke.